

Platzj abbeck



Nr. 1, Februar 2003

Zeitung der PDS Offenen Liste im Rat der Stadt Köln
V.i.S.d.P. PDS Ratsgruppe, Haus Neuerburg, Gülichplatz 3, 50667 Köln,
Telefon: 221-27840 Fax: 221-27841, e-mail: pds-gruppe@stadt-koeln.de

Gastkommentar

Unüberhörbar, nicht zu übersehen – sie ist wieder da, die so oft tot gesagte Friedensbewegung. Stärker als nach dem 11. September, stärker als nach Beginn der Angriffe auf Afghanistan wird heute die bedrohliche Vorkriegs-Situation empfunden. Für viele Menschen ist der Punkt erreicht, wo sich ihr Unbehagen gegenüber den Kriegen der letzten Jahre zu einem klaren Nein formuliert: Dieser Krieg darf nicht stattfinden.

Die existierenden Strukturen der Friedensbewegung haben es in mehreren großen Städten geschafft, diesem weit verbreiteten Nein Gehör zu verschaffen. Dem Aufruf zu Friedensdemonstrationen sind Tausende gefolgt, in Köln am 25. Januar über 10.000. Den Aufruf-Text der Kölner Initiative „Kein Krieg im Irak“ haben inzwischen mehr als 9000 Kölnerinnen und Kölner unterschrieben, viele bekannte Künstler, Lehrer und Pfarrer, Angehörige der Universität, Gewerkschafter und zwei Bürgermeisterinnen. Bei Übergabe der 9250 Unterschriften an die Kölner Bundestagsabgeordneten (allein die Vertreterin der CDU war erschienen) sagte Christoph Butterwege für die Initiative, mit diesem Stimmepaket solle der Bundestag aufgefordert werden, die Beteiligung an einem Angriff auf den Irak zu debattieren. Immerhin hat die gewählte Vertretung des bundesdeutschen Volkes zu dieser Frage bisher keine Meinung artikuliert. Ein Kanzlerwort ist genug?

Verlass ist nur auf die Stärke des Protests an der Basis der Gesellschaft. Solange die Friedensbewegung als sichtbarer Faktor in der Öffentlichkeit wirkt, kann man sich nicht mit so genannten Sachzwängen (angeblichen Bündnisverpflichtungen) in den Krieg einfädeln. Wo so viele Menschen ansprechbar und gegen den Krieg unterwegs sind, hat die Friedensbewegung die Chance, ihre Grundforderung wieder stärker im allgemeinen Bewusstsein zu verankern: die Beziehungen zwischen Völkern und Staaten müssen friedlich geregelt, der Krieg als Mittel der Politik muss geächtet werden. Die Instrumente der Kriegs- und Interventionspolitik wie die Eingreiftruppe der Bundeswehr sind abzuschaffen. Dann wird die Friedensbewegung nicht nur einen kurzen Aufschwung erleben.

Elvira Högemann, Kölner Friedensforum

Neue Ratsmehrheit: Die Pöstchen sind schon verteilt

Die Mehrheit aus CDU und FDP im Rat der Stadt Köln ist gescheitert. Es ist der CDU nicht gelungen, die GAG und Grubo an einen ausländischen Investor zu verschern. Nunmehr haben sich die Grünen als Mehrheitsbeschaffer der CDU angedient. Es bleibt abzuwarten, welche Kröten die Grünen der lieben Macht wegen bereit sind zu schlucken

Die neue Ratsmehrheit steht vor der Aufgabe, ein Haushaltsdefizit von 515 Millionen Euro ausgleichen zu müssen. Das Zauberwort heißt Haushalts sicherungskonzept. Da die Stadt keinen ausgeglichenen Haushalt 2003 ausweisen wird, bedarf dieser der Genehmigung der Bezirksregierung. Diese wird aber ihre Genehmigung nur erteilen, dies zeigen die Beispiele in den Kommunen, in denen ein Haushaltssicherungskonzept bereits besteht, wenn die Stadt ihre sog. freiwilligen

Aufgaben, wie z.B. die Betreuung von Schwimmbädern, Büchereien und sozialen Einrichtungen zurückfährt.

Wir alle müssen uns daher darauf einstellen, dass Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen in Köln massiv gekürzt werden. Die PDS/Offene Liste im Rat der Stadt Köln wird der Öffentlichkeit aufzeigen, was die Grünen alles mit sich machen lassen, um weiter „mitregieren“ zu können. Insbesondere die Zuschusszahlungen für die Bürgerhäuser, kulturelle Einrichtungen sowie soziale Vereine dürfen nicht derart beschnitten werden, dass sie nicht mehr überlebensfähig sind. Die PDS/Offene Liste macht diese Umverteilung von oben nach unten nicht mit. Schließlich müssen wir uns den eigentlichen Grund für die Haushaltsmisere vor Augen halten. Durch die Ausweitung von Ausnahmeverordnungen ist es den Großkonzernen gelungen, sich ihrer Steuerpflicht zu entledigen. Es kann aber doch nicht richtig sein, Gelder für Nachhilfestunden von Kindern sozial schwacher Familien in Bürgerhäusern zu kürzen, nur weil die Firmen wie Ford und Gerling keine Steuern zu zahlen brauchen. Diese soziale Ungerechtigkeit wird die PDS/Offene Liste im Rat der Stadt Köln aufzeigen. *Sengül Senol*



Kölle Alaaf: Karneval in Köln – das ist nicht nur eine Frage von Klüngel, Kommerz und Kostümierung. Die wechselnden Sessionsorden der Karnevalsgesellschaften spiegeln auf ihre – und sehr vielfältige Weise – Witz und Kreativität ihrer Schöpfer wider. Die Ehrenfelder K.G. „Kölsche Rotshäre“ beschäftigt sich schon seit Jahren mit der Kölner Stadtgeschichte und lässt sie auf ihren Orden Revue passieren. (Derzeit ist eine repräsentative Auswahl in einer Vitrine im Foyer des Ehrenfelder Bezirksrathaus zu besichtigen).

Mit Abstand am besten gefiel uns natürlich der 1988 geschaffene „Platzj abbeck“ – mit Zugseil zum Herausziehen der Zunge.

HH

„Fruhner logiert auf einer Yacht“

überschrieb der Kölner Stadt-Anzeiger einen Kurzartikel über die Sitzung des Wirtschaftsausschusses am 20. Januar. Dort hatte sich nämlich Ratsmitglied Detjen mehr interessehalber nach den Vorbereitungen der Präsentation der Stadt Köln auf der Immobilienmesse MIPIM in Cannes erkundigt.

Im vergangenen Jahr sorgte die Vorstellung der Stadt auf einer eigens angemieteten Yacht für Schlagzeilen und Unmut in der Öffentlichkeit. Die PDS Offene Liste stellte vor einem halben Jahr den Antrag, auf die erneute Anmietung der Luxus-Yacht „Ava“ für den „Köln-Empfang“ auf der Messe zu verzichten. Die 60 000 Dollar sollte die Stadt doch besser für soziale Zwecke einsetzen. Da stand die PDS alleine im Regen, selbst SPD und Grüne verteidigten die Geldverschwendung.

Die Verwaltung verteidigt bis heute den Einsatz der Yacht: Hotelkosten würde eingespart, weil man gleich selber auf der Yacht wohnen würde!?

„Diesmal also keine Polemik, weder auf Seiten des Ausschusses noch der Verwaltung, sondern ein sachlich vortragender Dezernent Klaus-Otto Fruhner, der sich nur zum Schluss zu der Bemerkung hinreißen ließ, der Seegang werde wohl ruhig sein,“ schrieb der Stadt-Anzeiger. Aber auch Seegang würden dem norddeutschen Fruhner nicht aus der Fassung bringen.

Red



Express-Schlagzeile im letzten Jahr

„Sozialer Kahlschlag für Straffällige?“

Die „Gefangenenmitverantwortung (GMV) der Justizvollzugsanstalt Köln“ hat in einem Schreiben an zahlreiche Verantwortliche für den Strafvollzug dagegen protestiert, dass im Sozialbereich des Justizvollzugs drastisch gekürzt werden soll.

„Die Streichung von Mitteln sowohl auf kommunaler als auch auf Landesebene hätte zur Folge, dass sich die ohnehin bereits heute äußerst begrenzten sozialen Angebote in Haftanstalten noch weiter verringern würden. Das bezieht sich einmal auf Mitarbeiter des Vollzuges, insbesondere der Sozialarbeiter, zum anderen auf Mitarbeiter freier Träger, die inner- und außerhalb des Vollzuges hilfreich für Straffällige tätig sind“, heißt es in der Erklärung.

Betroffen wären vor allem Drogenprogramme und sogenannte Sinngebende Freizeitmaßnahmen.

Demgegenüber, so die GMV, sei offensichtlich genug Geld da für eine flächendeckende „Wellenvergiftung“, die soziale Kontakte zwischen Gefangenen unmöglich machen und so dem Resozialisierungsgedanken modernen Strafvollzugs zuwiderlaufen.

Helga Humbach

Alevitische Föderation

Am Samstag, 25. Januar 2003, tagte die alevitische Föderation in Deutschland, die über hundert Vereinigungen in Deutschland aufweist. Ca. vierhundert Delegierte wählten einen neuen Bundesvorstand. Ratsmitglied Sengül Senol nahm für die PDS/Offene Liste an der Veranstaltung teil.

Sengül Senol

„Terrarisierung“ der kommunalen Wohnungen entgegneten!

Das neue Bündnis von Schwarz&Grün nimmt von einer Komplett-Privatisierung Abstand. Es will GAG-Wohnungen verkaufen und dem Wohnungsunternehmen Gelder entziehen. Kreishandwerkermeister Bonjean spricht in dem Zusammenhang von einer „Ausplünderung städtischer Tochtergesellschaften“. Da die Koalitionsvereinbarung von Schwarz&Grün bei Redaktionsschluss noch nicht vorliegt, muss man sich auf die wenigen kursierenden Informationen beziehen. Und die besagen, dass Schwarz&Grün in jedem Jahr 1000 Wohnungen verkaufen will. Ob dieser Kurs zu einer Privatisierung auf Raten wird, hängt davon ab, ob das Lager der Opposition und vor allem die vielen Mieterinnen und Mieter tatenlos zusehen. Die PDS in Ehrenfeld hat auf jeden Fall am 1. Februar ein Flugblatt verteilt, in dem sie die GAG-Mieterinnen und -Mieter auffordert, Mieterräte zu bilden, ähnlich wie in den Stadtteilen Vingst und Klettenberg.

Gegen eine Zerschlagung des kommunalen Wohnungsbestandes hat sich auch die Arbeitsgemeinschaft Kölner Wohnungsunternehmen – ein Zusammenschluss der Kölner Wohnungsbaugenossenschaften – ausgesprochen und angeboten, „nicht unerhebliche Bestände der beiden Wohnungsunternehmen zu erwerben“. In einer Erklärung heißt es u.a.: „Sozialpolitisch bleiben den Mietern unter genossenschaftlicher Obhut die Wohnungen unter sozialverträglichen Bedingungen als Mietwohnungen erhalten. Die Genossenschaften stehen hier in ihrer traditionellen Verpflichtung für größtmögliche Sicherheit

sowohl hinsichtlich des Mieterschutzes, der Mietpreisbildung (deutlich unter der jeweiligen erzielbaren Marktmiete), als auch hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung und somit Bonität.“

Das ist eine wichtige Hilfe.

Trotzdem muss das Ziel bleiben, dass eine Kommune wie Köln 10 bis 15% des Mietwohnbestandes in Köln hält, um politischen Einfluss auf die Wohnungspolitik nehmen zu können. Bleibt abzuwarten, welche Politik die Grünen jetzt einschlagen werden. In der alten Kooperationsvereinbarung von 1999 war zu lesen: „CDU und Grüne beabsichtigen, in einem Modellprojekt Wohnungen aus den städtischen Wohnungsbaugesellschaften in Form einer Genossenschaft auszugründen, um so den Mietern, die daran Interesse haben, Eigentumsbildung zu ermöglichen.“

Die Politik von Schwarz&Grün ist also lang angelegt und kann schnell in einen offenen Privatisierungskurs umkippen.

Um das bisherige Kapitel „Privatisierung“ abzuschließen, bleiben noch die Fragen nach den Kosten, die entstanden sind. Nicht aus Häme, sondern mehr aus Neugier und Bürger-Transparenz fragt die PDS Offene Liste im Rat:

„Welche Kosten sind der Stadt letztlich bei dem Privatisierungsprozess entstanden?“ Über die Antwort mehr in der nächsten Ausgabe.

Jörg Detjen



■ Nippes

Mehr Sicherheit für Fußgänger in der Nacht

Angenommen wurde der Antrag der PDS-Offene Liste in der Januarsitzung des Stadtteilparlamentes, zwei Ampelanlagen auf der Niehler Straße auch nachts in Betrieb zu lassen.

Eine Anwohneranregung nahm Weisenstein (PDS-OL) zum Anlass, die Gegebenheiten vor Ort zu prüfen. Für Fußgänger besteht eine Gefahr, die breite Niehler Straße zu überqueren, wenn die Ampel abgeschaltet ist. Abgeschaltet werden die Lichtsignalanlagen um 21.00 bzw. 22.00 Uhr an der Kuen- und an der Auerstraße. Autofahrer missbrauchen die freie Fahrt in der Nacht mitunter zur Raserei.

MW

■ Nippes

Resolution an den Rat verabschiedet

Auf Initiative der PDS Offenen Liste hat die BV Nippes in ihrer jüngsten Sitzung eine Resolution an den Rat verabschiedet, die sich gegen eine Zusammenlegung von Stadtbezirken ausspricht. Die Stadtspitze stellt zur Zeit Überlegungen an, aus finanziellen Gründen verschiedene Bezirke zusammen zu legen.

„Eine Zusammenlegung von Bezirken bedeutet eine Verschlechterung des Serviceangebotes der Stadtverwaltung für die Einwohner vor Ort. Eine Beteiligung der Menschen an der Politik vor Ort würde durch weitere Zentralisierung zusätzlich erschwert“, so Bezirksvertreter Weisenstein von der PDS-Offene Liste in Nippes.

Michael Weisenstein

■ Nippes

Neue Koalition opfert die grüne Lunge

Große Enttäuschung macht sich in Niehl und Weidenpesch breit. Die neue Koalition will nun doch die Rennbahnbebauung. Eine Bebauung, die aus ökologischen Gründen noch vor wenigen Wochen von Bündnis 90/Die Grünen kategorisch abgelehnt worden ist, soll nun mit den Stimmen der Grünen gebaut werden. Es werde nicht so viel gebaut wie ursprünglich geplant, deswegen könne man zustimmen, so die Fraktionsvorsitzende der Grünen im Rat.

Die vom Rennverein als Investor betriebene „Salamitaktik“ geht somit auf. Als solche wurde das Vorgehen des Investors noch vor wenigen Wochen von den Grünen in der Bezirksvertretung Nippes entlarvt. Nun sind SPD und PDS-Offene Liste gefragt, um gemeinsam mit den Bürgern gegen die kommerziellen Interessen des Investors, für den Erhalt der Grünen Lunge und somit für den Erhalt der Lebensqualität im Kölner Norden zu kämpfen.

Michael Weisenstein

■ Ehrenfeld

Absage an Eigenheimbau



Nachdem zum Planungskonzept der Verwaltung im Neubaugebiet August-von-Willich-Straße, das eine verstärkte Eigenheimbebauung vorsah, keine Bürgeranträge eingegangen sind, wollte die CDU in der Bezirksvertretung per Antrag die Umsetzung des Plans durchsetzen. Mit zehn Gegenstimmen wurde dieser Plan abgelehnt und die Verwaltung beauftragt, ein neuerliches Bebauungsplanverfahren einzuleiten „mit dem Ziel, ein Wohngebiet mit mehrgeschossiger Wohnbebauung, Standort für eine Jugendeinrichtung sowie zugehörige Verkehrs- und Grünflächen“ festzusetzen.

HH

■ Ehrenfeld

Bürgerbeteiligung hat Vorrang

Eigentlich hätte es ein kurzer Tagesordnungspunkt werden sollen, weil die Verwaltung eigentlich nur pro forma die Rahmenplanung Braunsfeld/Müngersdorf/Ehrenfeld zur Kenntnisnahme durch die Bezirksvertretung vorgelegt hatte.

Durch Einbringung eines detaillierten Änderungsantrages, der erst während der laufende Sitzung ausgeteilt wurde, provozierte die CDU-Fraktion dennoch eine ausufernde Debatte. Von der Namensgebung über die Einbeziehung bzw. Ausgrenzung neuer Gebiete und Nutzungsmöglichkeiten gab es Vorschläge, die zumindest eine intensivere Diskussionvorbereitung für die Nicht-CDU-Mitglieder erfordert hätten. Außerdem hätten sie nach Mehrheitsansicht bereits Präferenzen für den Prozeß der Bürgerbeteiligung gesetzt, so dass der Antrag schließlich von der Mehrheit aus SPD, Bündnis-Grünen und PDS/Offene Liste abgelehnt wurde.

Helga Humbach

In den letzten zwei Jahrzehnten ist nicht nur in Köln zu beobachten, dass immer mehr Discounter auf der grünen Wiese entstehen. Oft sind sie nur mit dem Auto zu erreichen, sie liegen außerhalb abgeschlossener Siedlungsbereiche oder in Gewerbegebieten. Oft gibt es hier keinen oder nur unzureichenden Anschluß an den ÖPNV. Vor diesen Discountern befinden sich in der Regel riesige Parkplätze.

Seit 1990 sind 25 solcher Geschäfte in Köln neu entstanden, für zwölf weitere Discounter liegen Genehmigungsanträge vor. Die starke Vermehrung dieser Läden hat gravierende Folgen für die Stadtentwicklung: In den Bezirkszentren siedeln diese Läden nur selten an, denn der Betreiber will große Parkplätze, diese sind in den Bezirkszentren nur selten vorhanden. Die Ansiedlung außerhalb der Bezirks- und Nahversorgungszentren hat zur Folge, dass die Menschen mit dem Auto raus aus dem Bezirk fahren, um ihre kompletten Einkäufe im Discounter zu tätigen.

Die kleinen Geschäfte im Veedel haben mit der Abwanderung der Kundschaft zu kämpfen, Geschäftsaufgaben und Leerstände in den Zentren sind die Folge. Auf der anderen Seite treiben diese Discounter die Mietpreise in den Gewerbegebieten in die Höhe, kleine Handwerks-geschäfte werden verdrängt.

Die Verwaltung möchte nun keine Discounter mehr in nicht erschlossenen Gebieten genehmigen. Dies ist ein richtiger Schritt, die bestehenden Zentren zu stärken. Weniger sinnvoll erscheint das Ziel der Verwaltung, eine verstärkte Ansiedlung dieser Discounter in den Bezirkszentren zu erreichen, denn es gibt keine ökologisch sinnvolle Möglichkeit, Parkplätze in den Zentren zu schaffen. Die Verwaltung geht von einer „Belebung durch Konkurrenz“ aus. Daran ist nicht zu glauben, ein kleines Fachgeschäft kann nicht mit den Preisen eines Vollversorgungsdiscouters mithalten. Ein Sterben der kleinen Geschäfte droht.

Die Verwaltung erkennt hier nicht, dass das Geschäftsaussterben auch in der Monopolisierung begründet liegt. Wichtig wäre es, den kleinen und mittelständischen Betrieben den Vorrang zu geben, zumindest in den Bezirken. Den großen Handelsketten dürfen hier keine Genehmigungen erteilt werden. In den Bereichen, in welchen zur Zeit gar keine Nahversorgung (= kurz- und mittelfristiger Bedarf ist im Umkreis von 700 Metern nicht zu befriedigen) gewährleistet ist, möchte die Verwaltung kleine Geschäfte ansiedeln, um die Nahversorgung der Bevölkerung zu sichern. Immerhin gibt es im Kölner Stadtgebiet 13 Siedlungen, in welchen die Nahversorgung nicht gewährleistet ist.

Michael Weisenstein

Die Rheinische Musikschule (RMS), 1845 gegründet, soll 400.000,- Euro zur Sicherung des Haushalts beitragen, obwohl durch die PISA-Studie ein Umdenken eingesetzt hat. Mit der vermehrten Einrichtung von Ganztagschulen soll zugleich der Musikunterricht ausgebaut werden und ihm endlich der hohe Stellenwert zukommen, der ihm einzuräumen ist.

Eine intensive musikalische Erziehung erbringt, wissenschaftlich unbestritten, eine deutliche, ja signifikante Steigerung von Intelligenz, Selbstwertgefühl und Realitätssinn gegenüber gleichaltrigen Schulfahrten, denen die Musik vorenthalten wird. Deutlich besser auch eine ausgeprägte Psychomotorik und ein reiferes, liebevolleres Sozialverhalten.

Auf die RMS kommen durch die Umsetzung der PISA-Studie wichtige und unabdingbare Aufgaben im Gruppen- und Klassenunterricht zu. Die Kappung um 400.000,- Euro lässt die Gebühren für Eltern und Nutzer um bis zu 25 v.H. steigen. Der Schuletat setzt sich aus 90 v.H. Personalkosten zusammen. Bei den 10 v.H. Sachkosten kann nichts aufgefangen werden. Die Schule hat einen Investitionsstau von mehreren 100.000,- Euro, allein der Nachbeschaffungsbedarf für Instrumente beträgt in 2003 rund 200.000,- Euro. Die RMS erteilt wöchentlich 5.500 Unterrichtseinheiten Musikunterricht, das sind mit 40 Jahresunterrichtswochen 220.000

Echt Kölnisch Musikfarben: Blömeritis an der Rheinischen Musikschule?



Unterrichtseinheiten. Bewältigt wird das alles von 170 fest angestellten Musikern, die sich 80 Stellen teilen. Extern werden am Humboldt-Gymnasium 330 Schüler im Musikzweig durch die RMS betreut, an verschiedenen allgemein bildenden Schulen werden 130 Kinder gezielt in Blasmusik unterrichtet. Die Instrumente dafür hat die RMS bereitgestellt – mit 70.000,- Euro.

Klingt lustig, ist aber wissenschaftlich ernst gemeint: Tasten- und Streichinstrumente liegen überwiegend in den Händen von Menschen, die sich der SPD oder der FDP verbunden fühlen; Holzbläser und Zupfgeigenhansel neigen den Grünen zu, Blechbläser setzen auf CDU/CSU. Welchen Part in diesem Konzert die PDS spielt, ist (noch) unerforscht. *breu*

Der Rat der Stadt Köln hat bereits mehrere Cross-Border-Leasing-Geschäfte beschlossen. Immer gegen die Stimmen der PDS Offene Liste. Nur beim Messe-Leasing stimmten auch die Grünen dagegen. Beim Kanal-Leasing enthielten sich einige Grüne und das frühere Ratsmitglied der SPD, Karl Heinz Pütz. Inzwischen wird in der Öffentlichkeit heftig diskutiert. In zwei Städten gibt es bereits Bürgerbegehren. Zwei Stimmen aus der aktuellen Diskussion:

Monitor, 23.1.03

Köln. Hier durften amerikanische Investoren gleich die Straßenbahnen, einen Teil der Messehallen und das Kanalnetz mieten. Auch dabei gängige Risiken. Banken organisieren das Geschäft mit großen Summen. In Köln allein bei den Messe- und Abwasserprojekten mit immerhin 2,3 Milliarden Euro. Geld des amerikanischen Investors, das über Jahre bei Banken deponiert ist. Wer haftet, wenn die Banken Pleite gehen?

MONITOR zeigt die nicht-öffentliche Vorlage aus dem Kölner Rathaus. Sie kommt zu dem scheinbar beruhigenden Schluss: Damit beschränkt sich das Risiko der Stadt Köln auf das Konkursrisiko der beteiligten Banken.

Stimmen gegen Cross-Border-Leasing

Prof. Thomas Heidorn, Hochschule für Bankwesen Frankfurt: „Dass eine der beteiligten Banken insolvent wird, kann in den nächsten 25 bis 30 Jahren leicht passieren. Die Geschäftssituation im Bankensektor ist in den letzten Jahren dramatisch schlechter geworden, so dass die Insolvenz einer Bank ein Kernrisiko für die Kommune ist.“

68 Millionen brachten Köln allein die Messe- und Abwasserprojekte. Im Falle einer Vertragsverletzung muss sie im Extremfall 600 Millionen Euro Schadensersatz zahlen. Dann wäre die Stadt mehr als pleite. Auch in Köln sind weder Bürgermeister noch Stadtkämmerer zu einem Interview bereit. Cross Border Leasing, so der Kämmerer, sei für ihn kein öffentliches Thema. Und die nur in Englisch vorliegenden Verträge werden wie geheime Dokumente behandelt. Ratsmitgliedern sind sie nur eingeschränkt zugänglich.

Der bayerische Innenminister Beckstein, (3.12.2002):

„Sie führen dort zu unkalkulierbaren Risiken, die im Interesse der Bürgerinnen und Bürger nicht hingenommen werden dürfen. Außerdem entsteht in der Öffentlich-

keit ein verheerendes Bild, wenn Kommunen auf Steuertricks hart an der Grenze der Legalität zurückgreifen und gleichzeitig von den Bürgern, die ohnehin viel Steuern zahlen müssen, Ehrlichkeit und hundertprozentige Gesetzestreue verlangt wird.“

Termine:

15. Februar: europaweiter Aktionstag gegen einen Krieg im Irak, Busse fahren nach Berlin und evtl. Brüssel, Infos über: Friedensbildungswerk, Tel. 952 19 45, email: fbkkoeln@t-online.de oder über attac: clkalk@imail.de

Am 22. Februar plant die „Kölner Initiative Kein Krieg im Irak“ eine Menschenkette unter dem Titel „5 vor 12“ zwischen markanten Punkten der Stadt – auf Ankündigungen achten!

Am Tag X (Beginn des Krieges gegen den Irak): 18.00 Uhr Domplatte